

Fall. Die Lager werden nahe den Fabriken errichtet, die in besonderer Weise von der Zwangsarbeit abhängen. In den Sklaven-Fabriken und -Zechen werden Textilien, Chemikalien, Kohle, Werkzeuge, Maschinen und Konsumgüter sowie andere chinesische Exportgüter hergestellt. (IHT, 19.2.1990) -lou-

*(42)

China will 1990 fünf Satelliten in den Weltraum schießen

Am 26.2.1990 teilte der chinesische Vertreter bei einer Tagung der UN-Kommission für friedliche Nutzung des Weltraums mit, daß China im Verlauf d.J. 1990 fünf Satelliten in den Weltraum schießen wolle. Bereits am 4. Februar 1990 sei der erste Satellit erfolgreich gestartet worden. Geplant sei, bis Ende des Jahres auch noch den Nachrichtensatelliten "Asien I", ferner einen rückholbaren Fernabstastsatelliten, einen meteorologischen Satelliten und einen weiteren experimentellen Satelliten in den Weltraum zu bringen.

Ferner hält China sein Angebot an eine Reihe von Ländern der westlichen Welt aufrecht, für sie Satellitentransportdienste zu übernehmen.

U.a. soll ein von der "American Hughes Aircraft Co." für die "Asian Satellite Communications Corp., Ltd." hergestellter Satellit in eine geostationäre Bahn geschossen werden. 1984 war das gleiche Vorhaben mit einem amerikanischen Raumtransporter mißglückt.

1992 wird China voraussichtlich zwei Nachrichtensatelliten für die australische Telekommunikationsgesellschaft "Aussat" starten. Die chinesische Changcheng-Industriegesellschaft hatte am 31.10.1988 mit der "American Hughes Aircraft Co." und am 23.1.1989 mit der "Aussat" zwei Abkommen über die Satellitenstarts unterzeichnet.

Im Anschluß an das Massaker vom 4. Juni 1989 untersagte die US-Regierung die Auslieferung von drei Satelliten nach China. Allerdings wurde dieses Verbot am 19. Dezember 1989 wieder aufgehoben, so daß einstweilen keine weiteren Hindernisse sichtbar sind. -we-

Taiwan

*(43)

Wahl des Parlamentspräsidenten

Bei der Tagung des Gesetzgebungs-yuan (Parlament) am 19. Februar in Taipei für die Wahl eines neuen Präsidenten und Vizepräsidenten fanden wieder schwere Krawalle statt. Auf den Straßen vor dem Haus versuchten mehrere hundert Demonstranten, die noch vor 40 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten greisen Abgeordneten sowie die von der Regierung ausgewählten überseechinesischen Abgeordneten von der Teilnahme an der Sitzung abzuhalten, wobei es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Bereitschaftspolizei kam. Laut Presseberichten wurden 61 Polizisten und über 150 Demonstranten verletzt und 18 Polizeifahrzeuge demoliert. Im Parlament störten währenddessen die Abgeordneten der oppositionellen Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) den Ablauf der Sitzung mit Geschäftsordnungsfragen. Schließlich mußten die Wahlen auf den 27. Februar verschoben werden. (LHB u. CP, 21.2.90; Zili Zhoubao, 2.3.90; ZYRB, 22.2.90)

Mit 172 der 241 abgegebenen Stimmen wurde dann Liang Surong (Liang Suyung, 69) zum Präsidenten und Liu Songfan (Liu Sung-fan, 58) mit 161 der 235 abgegebenen Stimmen zum Vizepräsidenten des Hauses gewählt. Beide gehören der Regierungspartei Guomindang (Nationale Partei, im folgenden GMD) an. Liang, aus der Provinz Liaopei (Liaoning), ist einer der 1948 gewählten Abgeordneten und Liu, Taiwan, einer der auf der Insel regelmäßig wiedergewählten zusätzlichen Abgeordneten. Von vier liberalen zusätzlichen Abgeordneten der GMD wurden die Wahlen boykottiert, ein anderer warf demonstrativ den Blankostimmzettel in die Urne. Sie protestierten gegen die willkürliche und erneute Nominierung eines betagten Kollegen durch die Partei, ohne die Fraktionsmitglieder konsultiert zu haben. Von Seiten der Opposition gab es diesmal keine Störungen, weil das Haus noch vor Wahlbeginn den Vorschlag einiger Oppositioneller befolgend zum Gedenken an die Opfer des

Volksaufstands vom 28.2.1947 in Taiwan gegen die GMD-Regierung eine Schweigeminute eingelegt hatte. Nur ein 85jähriger Abgeordneter vom Festland weigerte sich, vom Sitz zu erheben. Der bisherige Präsident des Hauses, Liu Guocai (Liu Kuo-tsai, 79), ist am 2. Februar zurückgetreten. (LHB u. CP, 28.2.90) -ni-

*(44)

Spaltungskrise in der Regierungspartei

Die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD) befindet sich wegen der bevorstehenden Wahl eines neuen Staats- und Vizestaatspräsidenten am 21./22. März in einer bedrohlichen Spaltungskrise. Bei der Aufstellung der Kandidaten für diese hohen Ämter auf einer außerordentlichen Plenarsitzung des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der Partei am 11. Februar war es unter den Delegierten zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Die erneute Nominierung des Parteivorsitzenden und jetzigen Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui, 67) war dabei in der Partei eigentlich von vornherein nicht umstritten, aber an der Kandidatur für das Amt des Vizestaatspräsidenten zeigten mehrere führende Parteimitglieder großes Interesse. In den letzten Monaten liefen die Spekulationen auf vollen Touren: Als Favoriten galten u.a. General Jiang Weiguo (Chiang Wei-kuo, 74), der zweite Sohn des verstorbenen Staatspräsidenten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und Generalsekretär der Nationalen Sicherheitskonferenz, Ministerpräsident Li Huan (Lee Huan, 73), Lin Yanggang (Lin Yang-kang, 63), Präsident des Justizyuan, Wirtschaftsminister Chen Lian (53) und Verteidigungsminister Hao Bucun (Hau Pei-tsun, 71).

Mit Ausnahme der ersten Präsidentenwahl 1948 in Nanjing nach der Verfassung der Republik China hatten bisher Jiang Jieshi und sein erster Sohn Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) als Parteivorsitzende und Kandidaten des Präsidentenamtes ihren Wahlgefährten für das Amt des Vizestaatspräsidenten selbst bestimmt und durch das ZEK bestätigen lassen. Li Denghui wollte dieser Tradition folgen, aber erstens besitzt er nicht gleiche uneingeschränkte Autorität wie seine Vorgänger und zweitens stieß die

Benennung seines Generalsekretärs Li Yuancu (Li Yuan-zu, 67), der in der Partei wenig Ansehen genießt, zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten auf breite Ablehnung.

Gleich zu Beginn der ZEK-Sitzung am 11. März setzte eine lange Debatte über die Methode der Nominierungsabstimmung ein. Die Anhänger von Li Denghui und Li Yuancu unter Führung des ZEK-Sekretärs Song Chuyu (James C.Y. Soong, 48) befürworteten eine offene Abstimmung wie vor sechs Jahren, um so die Nominierung der beiden Lis zu sichern. Um eben dies zum Scheitern zu bringen, verlangte die Gegenseite eine geheime Abstimmung im Geiste der Demokratisierung der Partei. Offenbar damit es nicht zu einer deutlichen Spaltung der Partei kam, unterstützte schließlich die Mehrheit der Delegierten das Verfahren der offenen Abstimmung. Bei der Nominierung Li Denghuis zum Kandidaten für das Präsidentschaftsamt erhoben sich alle 180 anwesenden Delegierten vom Sitz und auch bei der Nominierung von Li Yuancu zum Vizepräsidenten hoben alle die Hand zu ihrem Einverständnis.

Nach der ZEK-Tagung spitzte sich die Spaltungskrise der Partei allerdings wieder zu. Die Gegner von "Doppel-Li" (Li Denghui und Li Yuancu) bildeten eine informelle Allianz zur Unterstützung von Lin Yanggang als Kandidat für das Präsidentschafts- und Jiang Weiguo als Kandidat für das Vizepräsidentenamt.

In der Nationalversammlung, dem Organ für die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten, bilden diejenigen greisen Deputierten, die 1947 auf dem chinesischen Festland gewählt wurden, noch immer die überwiegende Mehrheit. Viele von ihnen sind noch loyal zur Familie Jiang und würden General Jiang Weiguo gern zum Staatspräsidenten wählen. Da die Bevölkerung Taiwans aber offenbar keine Fortsetzung der Familiendynastie haben will, wurde von Jangs Anhängern die Partie Lin und Jiang als Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentenandidat akzeptiert. Lin gilt als der stärkste einheimische politische Kontrahent von Li Denghui.

Anfang März haben auf Drängen von Li Denghui acht GMD-Seniorpolitiker noch mehrmals vergeblich versucht,

Lin und Jiang zur Aufgabe ihrer Kandidatur zu überreden. Nach Redaktionsschluß von *China aktuell* traf die sensationelle Nachricht aus Taiwan ein, daß der zweite Sohn von Jiang Jingguo, Jiang Xiaowu (Chiang Hsiao-wu, 45), am 9. März öffentlich den politischen Ehrgeiz seines Onkels, also Jiang Weiguos, scharf kritisiert habe. Er wolle aus Protest gegen die Spaltung der GMD von seinem Posten als Vertreter Taiwans in Japan zurücktreten. Noch am gleichen Tag zog Lin Yanggang seine Zustimmung zur Nominierung seiner Person zum Präsidentschaftskandidaten durch die Deputierten der Nationalversammlung zurück, das gleiche tat am folgenden Tag Jiang Weiguo für das Amt des Vizepräsidenten. Damit gilt bereits als sicher, daß am 21. und 22. März die zwei Lis zum Staatspräsidenten bzw. Vizepräsidenten gewählt werden. Es bleibt nur noch die Frage, wieviele Stimmen sie erhalten werden.

Die Krise der GMD dürfte allerdings noch längst nicht überwunden sein. Die Gegner Li Denghuis werfen ihm Alleinherrschaft vor und fordern eine kollektive Führung sowie einen Parlamentarismus gemäß der Verfassung. Li Denghui hat dazu bislang nur vage Zusagen gemacht. Die Machtkonstellation in der GMD-Führung erscheint zur Zeit etwas verwirrend. Vor der jüngsten außerordentlichen ZEK-Plenartagung gab es eine konservative Faktion von älteren Politikern um die Familie Jiang und eine reformfreundliche Faktion um Li Denghui und Li Huan. Die erstere hatte eine starke Position in den Parlamentsorganen und in der militärischen Führung, während die letztere den Partei- und Regierungsapparat kontrollierte. Jetzt bezeichnet man die Gruppierung um Li Denghui als die Faktion der Hauptströmung, die Unterstützung findet im Präsidentschaftsamt, in der Partei und im Geheimdienst; als Faktion der Nicht-Hauptströmung gilt die Anhängerschaft von Li Huan, die wiederum gestärkt wird vom Kabinett, der militärischen Führung und von großen Teilen des Parlaments.

Aus Anlaß der Präsidentschaftswahlen sind auch die Beziehungen zwischen der Regierungspartei und der oppositionellen Minjindang (MJD) erneut angespannt. Zwar stellt die MJD nur eine kleine Anzahl der in Taiwan gewählten zusätzlichen Deputierten in der Natio-

nalversammlung, doch diese scheuen sich nicht, Gewalt gegen die betagten Kollegen anzuwenden. So wurden am 19. Februar bei der Eröffnung der Nationalversammlung drei oppositionelle Deputierten wegen Störung der Sitzung von der Polizei gewaltsam aus dem Saal entfernt. Aus Protest gegen diese Polizeimaßnahme stieß ein MJD-Vertreter bei einem Bankett der Deputierten und anderer hohen Gäste auf Einladung des Präsidenten mehrere vollbedeckte Tische um. Bis Ende der Sitzung sind wohl noch weitere turbulente Szenen zu erwarten. (LHB, ZYRB u. CP, 12.2.-11.3.90; Zili Zhoubao, Taipei, 16. u. 23.2.90; Xinxinwen, Taipei, 12. u. 19.2.90) -ni-

*(45)

Chinesisch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen

Die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung vom 4. Juni 1989 in Beijing hat offenbar die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und des Reiseverkehrs zwischen beiden chinesischen Seiten nicht beeinträchtigt, obwohl die Beijinger Führung Taiwan die Unterstützung der Unruhen vorgeworfen hat. Der chinesisch-chinesische indirekte Warenaustausch über Hongkong stieg 1989 nach offiziellen Statistiken des Hongkonger Zollamts gegenüber dem Vorjahr um 28% auf eine Höhe von über 3.483 Mio.US\$, davon entfielen 2.896 Mio.US\$ auf Exporte und 586,9 Mio.US\$ auf Importe Taiwans, die Bilanz wies somit einen Überschub für Taiwan von über 2.309 Mio.US\$ auf. (LHB, 16.2.90) Der gesamte bilaterale indirekte Handel im vergangenen Jahr wurde offiziell auf 3.700 Mio.US\$ geschätzt, davon 600 Mio.US\$ Einfuhren Taiwans aus dem Festland. (Nach: Huashengbao, Beijing, 16.2.90; DGB, 11.2.90)

In den ersten drei Quartalen 1989 konnte Taiwans Export nach dem chinesischen Festland über Hongkong einen Zuwachs von 46,57% gegenüber dem Vorjahreszeitraum und der Import aus dem Festland über Hongkong einen Zuwachs von 27,6% verzeichnen. (DGB, 4.2.90) In den beiden letzten Monaten des Jahres gab es jedoch zum erstenmal seit Jahren einen Rückgang des bilateralen Handels gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und zwar um 7,62% im November und 8,28% im Dezember, was wohl auf die Tatsache

zurückzuführen ist, daß Taiwan infolge der allgemeinen restriktiven Wirtschaftspolitik Beijings nach den 4.-Juni-Vorfällen seine Exporte erheblich um 12,02% im November und um 10,45% im Dezember reduzierte. (LHB, 16.2.90; FCJ, 8.2.90)

Daß die Entspannung in den beiderseitigen chinesischen Beziehungen trotz allem nicht gelitten hat, zeigt sich im Reiseverkehr und in der Investitionstätigkeit privater Unternehmer Taiwans auf dem Festland. Inoffiziellen Schätzungen zufolge sollen bereits 300-500 taiwanische Firmen 600-1.000 Mio. US\$ dort investiert haben. (DGB, 4.2.90; LHB, 3.2.90) Ein Experte der Chinesischen Akademie für Wirtschaftsforschung in Taiwan berichtete, nach seinen Ermittlungen hätten taiwanische Unternehmer allein im letzten Jahr 400 Mio.US\$ in Landwirtschaft und Fischerei des Festlandes investiert. (DGB, 10.2.90)

Die Investitionen aus Taiwan konzentrieren sich auf die direkt an der Taiwan-Straße liegende Provinz Fujian. Der stellvertretende Provinzgouverneur von Fujian, Chen Mingyi, wies unlängst auf einer Konferenz darauf hin, daß die Investitionen taiwanischer Unternehmer in der Xiamen Wirtschaftssonderzone im letzten Jahr um 485% zugenommen hätten. Mit einem Anteil von 67,7% liege die Investitionssumme im zweiten Halbjahr noch höher als im ersten Halbjahr. Allein schon das Volumen eines Großprojekts betrage 200 Mio.US\$. (DGB, 13.2.90)

Offiziell sind Investitionen auf dem Festland von der Regierung verboten. Um dies zu umgehen, müssen Partner- oder Scheinfirmer in Hongkong oder anderswo eingeschaltet werden. Erst kürzlich wurde in der Presse enthüllt, daß der einflußreichste Unternehmer Taiwans, Wang Yongqing, seit letztem November mehrmals heimlich das Festland besucht und mit kommunistischen Führern über eine Investition von 3,6 Mrd.US\$ zum Bau einer Gastrennungsanlage (Naphtha Cracker) verhandelt habe. Wangs Firmengruppe Taiwan Plastics besitzt einen Anteil von 38% an der gesamten petrochemischen Produktion Taiwans. Zusammen mit Wang wollen noch zahlreiche weitere mit seiner Firmengruppe in einer Seilschaft stehende "Downstream"-Unternehmen auf dem Festland investie-

ren. Die Regierung steht nun deswegen unter dem Druck, weitere Liberalisierung in den chinesisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen in Erwägung zu ziehen.

Den Statistiken von Beijing zufolge haben 541.000 Bürger von Taiwan im letzten Jahr das chinesische Festland besucht, d.h. eine Zunahme von 23,6% gegenüber dem Vorjahr (die Gesamtzahl der Chinabesucher ist 1989 um 22,7% gesunken). Von Hongkong abgesehen ist Taiwan bereits die größte Touristenquelle für das chinesische Festland. (LHB, 3.2.90; DGB, 14.2.90) -ni-

*(46)

Taiwan hat die größten Währungsreserven der Welt

Taiwan hat nach einer Meldung der *Lianhe Bao* vom 10. Feb. inzwischen Japan als den weltgrößten Devisenbesitzer überrundet und steht nun an erster Stelle. Ende Januar d.J. waren die Devisenreserven Japans (einschließlich Gold und Sonderziehungsrechte beim IWF) infolge der jüngsten massiven Marktinterventionen der Zentralbank in Tokyo gegen die Yen-Abwertung auf 82,6 Mrd.US\$ gesunken. Die Gesamtwährungsreserven der Zentralbank in Taipei beliefen sich in der zweiten Februar-Woche auf 83,8 Mrd.US\$, wovon 78 Mrd.US\$ auf Devisen (einschließlich 4 Mrd.US\$ des Fonds für Devisenmarktintervention) und 5,8 Mrd. auf Gold entfielen.

Der Goldankauf der Zentralbank ist im letzten Jahr von 170 t (1988) auf 50.000 Unzen gefallen, nachdem die US-Regierung Taiwan wiederholt den Vorwurf gemacht hatte, seinen immensen Handelsüberschuß durch Goldimporte scheinbar abzubauen. Das Gesamtvolumen der Goldimporte Taiwans ist zwar ebenfalls von 354 t auf 170 t gesunken, macht aber die Insel hinter Japan (304 t 1988 und 287 t 1989) noch immer zum zweitgrößten Goldimporteur der Welt. (FCJ, 8.2.90)

1989 stieg der Wert des Neuen Taiwan-Dollars um 7,6% - die höchste Aufwertungsrate der Welt. (LHB, 17.2.90) Der Exportzuwachs verringerte sich 1988-89 von 13% auf 9,27% und der Kapitalabfluß betrug schätzungsweise 10-12 Mrd.US\$ (LHB, 19.2.90), aber da die Importzuwachsrate noch

drastischer von 42% auf 5,27% fiel, wies die Handelsbilanz 1989 wieder einen riesigen Überschuß von 14 Mrd. US\$ auf, und durch die Zinserträge der Deviseneinlagen in Höhe von 500 Mio.US\$ monatlich wuchsen die Währungsreserven der Zentralbank stetig an. -ni-

Hongkong

*(47)

Grundgesetzentwurf für Hongkong unter Dach und Fach

Die Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone (SVZ) ab 1. Juli 1997 hat am 16. Februar auf ihrer 9. Plenarsitzung in Beijing den endgültigen Grundgesetzentwurf verabschiedet. Wie berichtet (C.a. April 1988, Ü 38, S.278, Jan. 1989, Ü 60, S.27f, Feb. 1989, Ü 35, S.88f), hatte sie mit der Arbeit bereits vor viereinhalb Jahren begonnen. Ende April 1988 wurde ein erster Entwurf der öffentlichen Diskussion vorgestellt. Auf ihrer 8. Plenartagung im Januar 1989 legte die Kommission den Text, neu ausgearbeitet unter Berücksichtigung der Vorschläge aus allen Kreisen der Bevölkerung, dem Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses (NVK) der VR China vor. Am 21. Februar 1989 wurde er für die zweite Runde der allgemeinen Diskussion veröffentlicht. Nun, wieder ein Jahr danach, hat die Kommission den endgültigen Entwurf angefertigt, der planmäßig im März dem NVK zur Debatte und Verabschiedung vorgelegt wird. Es ist nicht zu erwarten, daß der Text vom NVK noch wesentlich verändert wird.

Bei den öffentlichen Diskussionen hat es heftige Auseinandersetzungen über das künftige Regierungssystem zwischen den liberalen und den konservativen Gesellschaftsschichten Hongkongs gegeben. Die meisten Intellektuellen, Studenten und Vertreter der Mittelschicht befürworteten mit Unterstützung der britischen Regierung in London eine möglichst baldige Einführung allgemeiner und direkter Wahlen, um so die in der sino-britischen Vereinbarung über Hongkong von 1984